

Länderinformation

Iran

ALLGEMEINES			
Offizieller Name	Islamische Republik Iran, (Jomhuri-je Eslami-je Iran)		
Staats- und Regierungsform	Islamische Republik (seit 1. April 1979) und präsidentielle Theokratie		
Staatsoberhaupt	Oberster Führer Ayatollah Seyed Ali Musavi Khamene'i		
Regierungschef	Staatspräsident Hassan Ruhani (seit 3. August 2013, Wiederwahl auf weitere 4 Jahre am 19.05.2017)		
Amtssprache	Persisch		
Währung	Iranischer Rial, 100.000 Rial (IRR) = 2,96 EUR; 1 EUR = 33.715 Rial (am 02. September 2015)		
Fläche	1.648.000 km ²	Vgl. Deutschland	357.167 km ²
Bevölkerung	78,10 Mio. (März 2015)	Vgl. Deutschland	81,08 Mio. (30. Sep. 14)
Hauptstadt	Teheran		
Nationaltag	22. Bahman (circa 10./11. Februar, je nach Schaltjahr)		
POLITIK			
Parlament	Versammlung des Islamischen Rates (Madschlis), eine Kammer, 290 Sitze, Präsident: Dr. Ali Laridschani, Wahlen alle vier Jahre		
Verwaltungsstruktur	31 Provinzen, 172 Gouvernements, 499 Distrikte		
Mitgliedschaften in internationalen Organisationen	Vereinte Nationen und ihre Unter- und Sonderorganisationen, OPEC, Organisation der Islamischen Konferenz, Blockfreien-Konferenz, Economic Cooperation Organization (ECO, Organisation zur Wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Wirtschaftsbund mittelasiatischer Staaten), Beobachterstatus in Shanghai Cooperation Organisation (SCO) und Welthandelsorganisation (WTO)		

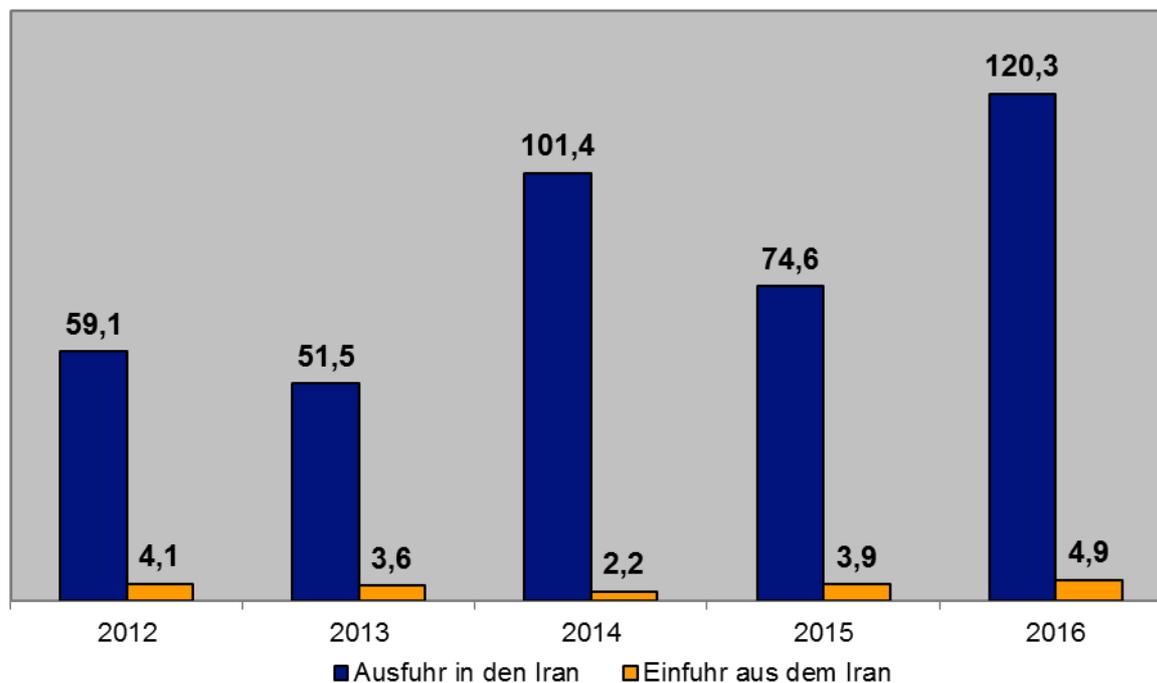
<p>Aktuelle innenpolitische Lage</p>	<p>Die komplexen Strukturen politischer Macht in der Islamischen Republik Iran sind sowohl von republikanischen als auch autoritären Elementen gekennzeichnet. Höchste politische Instanz ist der "Oberste Führer der Islamischen Revolution", Ayatollah Seyed Ali Khamene'i, der als Ausdruck des Herrschaftsprinzip des "velayat-e faqih" (Herrschaft des Islamischen Rechtsgelehrten) über eine verfassungsmäßig verankerte Richtlinienkompetenz verfügt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist und das letzte Wort in politischen Grundsatz- und ggf. auch Detailfragen hat. Er wird von einer vom Volk auf acht Jahre gewählten Klerikerversammlung (Expertenrat) auf unbefristete Zeit bestimmt.</p> <p>Leiter der Exekutive ist der iranische Staatspräsident, seit August 2013 Dr. Hassan Ruhani, der vom Volk in direkten Wahlen auf vier Jahre gewählt und vom Revolutionsführer bestätigt wird. Die letzten Präsidentschaftswahlen fanden im Mai 2017 statt. Der Staatspräsident bildet ein Kabinett; das Parlament muss den einzelnen Ministern zustimmen und kann ihnen das Vertrauen auch wieder entziehen. Auch das Parlament wird auf vier Jahre direkt vom Volk gewählt.</p> <p>Sowohl Parlament als auch Regierung haben legislatives Initiativrecht. Als zweite Kammer fungiert im Gesetzgebungsverfahren der "Wächterrat" (bestehend aus sechs vom Revolutionsführer ausgewählten islamischen Rechtsgelehrten und sechs vom Parlament bestellten juristischen Experten), der im Übrigen weit reichende Befugnisse der Verfassungsauslegung und Auswahl der zulässigen Kandidaten bei Parlaments-, Präsidentschafts- und Expertenratswahlen besitzt. Der "Schlichtungsrat" fungiert im Gesetzgebungsverfahren als vermittelndes Gremium und hat darüber hinaus die Aufgabe, auf die Wahrung der "Gesamtinteressen des Systems" zu achten.</p> <p>Parteien nach westlichem Verständnis gibt es nicht, auch wenn zahlreiche Gruppierungen nach dem iranischen Verfahren als "Partei" registriert sind. Bei Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen werden keine Parteien, sondern Personen gewählt. Zahlreiche reformorientierte Gruppierungen wurden seit den Präsidentschaftswahlen 2009 verboten oder anderweitigen Repressionen ausgesetzt.</p> <p>Am 26. Februar 2016 fanden die letzten Wahlen zum Expertenrat und die erste Runde der Parlamentswahlen statt. In den Stichwahlen vom 29. April 2016 wurde über 68 verbliebene Mandate der 290 Sitze des Parlaments abgestimmt. Aus den Wahlen gingen jene Kandidaten gestärkt hervor, die das Wiener Atomabkommen und die Lockerung der Wirtschaftssanktionen nach dem „Implementation Day“ am 16. Januar 2016 unterstützen. Zahlreiche Kandidaten waren im Vorfeld durch den Wächterrat von einer Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen worden. Nur 73 Kandidaten schafften die Wiederwahl. Im neuen Parlament sind 17 weibliche Abgeordnete vertreten.</p> <p>Am 19. Mai 2017 wurde der moderate Kleriker Staatspräsident Dr. Hassan Ruhani mit absoluter Mehrheit (57 Prozent) bereits im ersten Wahlgang wiedergewählt.</p> <p>Im Wahlkampf kündigte Ruhani an, sich weiterhin für eine Verbesserung der Wirtschaftslage und eine Politik der Fortsetzung der Öffnung Irans nach innen und außen einzusetzen. Nach Abschluss der Wiener Nuklearvereinbarung vom 14. Juli 2015 und der Aufhebung der UN- und EU-Wirtschafts- und Finanzsanktionen am 16. Januar 2016 konnte Iran ein Wirtschaftswachstum von über 6% und einen Rückgang der Inflationsrate verzeichnen. Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt blieben jedoch noch aus.</p>
--------------------------------------	---

Politische Beziehung zu Deutschland	<p>Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Iran wurden 1952 aufgenommen; im gleichen Jahr wurde die iranische Gesandtschaft in Deutschland eröffnet. Neben der Wirtschaft entwickelte sich vor allem im Bildungssektor eine enge Zusammenarbeit: Die zahlreichen deutschen Gewerbeschulen in Iran wurden ein geschätzter Bildungspartner. Noch heute trägt der Ruf der damaligen Gewerbeschulen zum insgesamt positiven Deutschlandbild in Iran bei.</p> <p>Nach der Islamischen Revolution 1979 unterlagen die Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Teil erheblichen Spannungen.</p> <p>Zusätzlich belasteten unter der Regierung von Staatspräsident Ahmadinedschad (2005-2013) radikale anti-israelische Rhetorik der iranischen Führung und die sich im Laufe seiner Amtszeit weiter verschlechternde Menschenrechtssituation in Iran das Verhältnis. Diese hat die Bundesregierung wiederholt auf das Schärfste verurteilt. Die nach Amtsübernahme von Staatspräsident Ruhani (4. August 2013) erfolgten Freilassungen der Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh und weiterer politischer Häftlinge im September 2013 begrüßte die Bundesregierung.</p>
Menschenrechtslage	<p>Wie 2013 versprach Ruhani auch im Wahlkampf 2017, die Bürgerrechte und die Meinungsfreiheit zu stärken. In seiner ersten Amtszeit von 2013-17 konnte die Regierung den Erwartungen nach einer Liberalisierung im Innern allerdings nicht gerecht werden. Die Menschenrechtslage in Iran bleibt vier Jahre nach Amtsantritt einer gemäßigten Regierung trotz gradueller Verbesserungen im Bereich der Kunst- und Pressefreiheit nahezu unverändert kritisch. Regimegegner sowie religiöse und ethnische Minderheiten sind nach wie vor regelmäßig Opfer staatlicher Repressionen. Beunruhigend ist die außerordentlich hohe Anzahl an Hinrichtungen.</p>
ENERGIEPOLITIK	
Energiepolitik/ Klimaschutz	<p>Im Iran wurden im Jahr 2013 etwa 224 Milliarden kWh an elektrischer Energie generiert, 92 % davon in Wärmekraftwerken, die mit Erdgas (70 %) oder Erdöl befeuert wurden. Die verbleibenden 8 % kamen aus Atomkraft, Wasserkraft und anderen erneuerbaren Energiequellen. Es wird erwartet, dass der Bedarf an elektrischer Energie weiter steigen wird, wenngleich die Regierung zu Beginn des Jahres 2014 die Strompreise um 25 % angehoben hat und im Jahre 2015 eine weitere Anhebung plant, um das Wachstum zu vermindern und den Druck auf die existierenden Kapazitäten zu dämpfen. Um den Bedarf zu decken, aber auch um noch mehr elektrische Energie exportieren zu können, hat das Energieministerium den Bau von 35 neuen Kraftwerken vorgeschlagen.</p> <p>Das momentan einzige Atomkraftwerk des Iran ist die Anlage in Buschehr, die eine Leistung von 700 MW haben soll.. Mit seinem Bau wurde bereits in den 1970er Jahren begonnen, aufgrund von Islamischer Revolution, Beschädigungen im Irak-Iran-Krieg und Problemen mit dem Auftragnehmer Rosatom, den man mit der Fertigstellung betraut hatte, ging das Kraftwerk erst im Jahre 2013 ans Netz. Es existieren Pläne für zwei weitere Blöcke in Buschehr, die jeweils 1000 MW leisten sollen. Bereits seit langem ist ein weiteres Atomkraftwerk in Darkhovin in Planung. Pläne, an 15 weiteren Standorten Atomkraftwerke zu errichten, sind aufgrund der internationalen Sanktionen gegen den Iran bisher nicht in die Umsetzung gelangt</p>
WIRTSCHAFT	
Mitglied in internationalen Wirtschaftszusammenhängen und -abkommen	<p>Iran hat seit 1995 wiederholt den Beitritt zur Welthandelsorganisation beantragt, bei der Iran seit Mai 2005 über einen Beobachterstatus verfügt. Das Land ist Mitglied der Economic Cooperation Organisation, einem regionalen Wirtschaftsbund der west- und mittelasiatischen Staaten Iran, Türkei, Pakistan, Aserbaidschan, Turkmenistan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan</p>

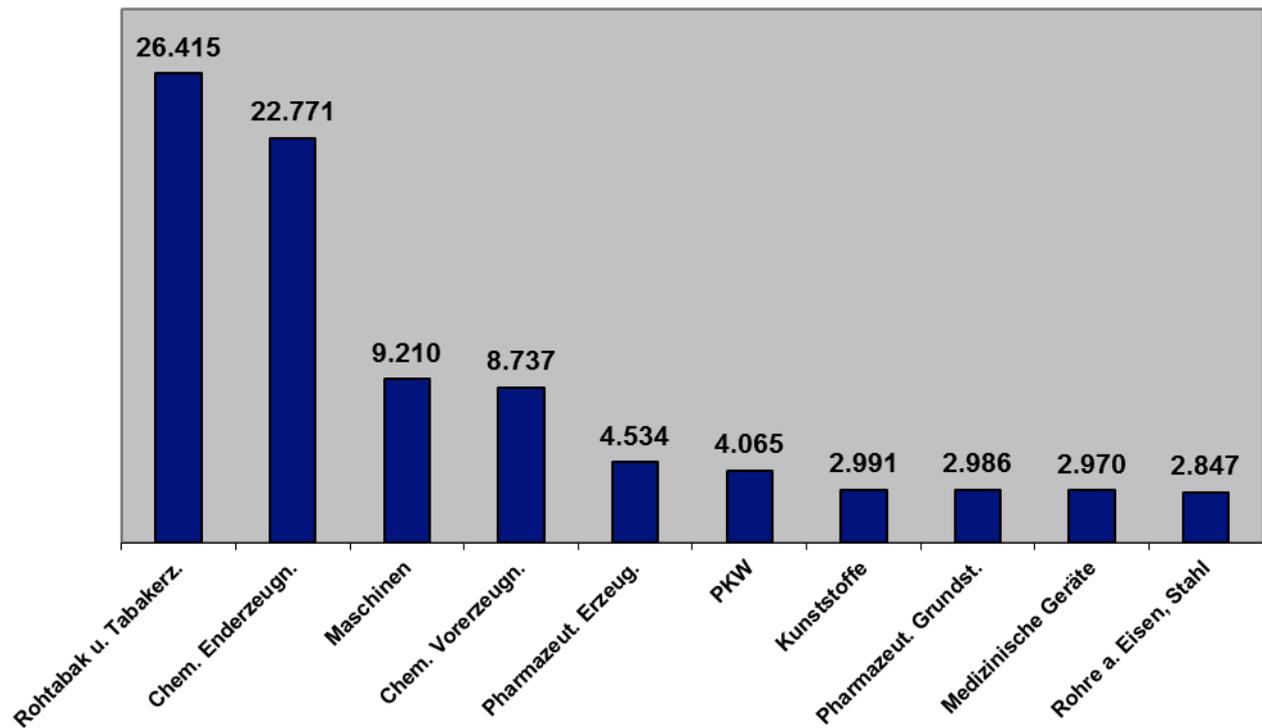
	<p>und Afghanistan. Iran ist außerdem Mitglied der OPEC.</p> <p>Seit 2005 hat Iran Beobachterstatus bei der Shanghai Cooperation Organisation, einem Bündnis, das sich originär mit Sicherheits-, zunehmend aber auch mit Energiefragen befasst und dem die Staaten China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan angehören. Darüber hinaus gehört Iran dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und den wichtigsten mit Wirtschaft befassten Organisationen (darunter Internationale Arbeitsorganisation ILO und Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung UNCTAD) an.</p>
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit	<p>Nach der islamischen Revolution bestimmte Ajatollah Chomeini, dass nur Gläubige, die an die Islamische Republik glauben, Spitzenaufgaben in Staat und Wirtschaft übernehmen dürfen: Fromme und rechtschaffene Personen müssen staatliche Aufgaben übernehmen, weil sonst der Staat verderbe. Dieses Prinzip gilt heute im gesamten staatlichen Bereich des Landes, der 70 % der Wirtschaftsleistung erbringt. Das im Auswahlgesetz von 1996 verankerte Gozinesh-Verfahren sieht die Auswahl des Personals anhand religiöser Denkweise sowie ideologischer, moralischer und politischer Faktoren vor. Diese Kriterien werden anhand von Fachfragen zu religiöser Praxis, dem Koran sowie Politik, Ideologie und Geschichte der Islamischen Republik abgeprüft, darüber hinaus werden Nachbarn und Familie befragt. Die Konformität von Arbeitnehmern, die das Gozinesh-Verfahren bestanden haben, werden am Arbeitsplatz weiterhin überwacht. Diese Praxis führt dazu, dass das Potential an gut ausgebildetem Personal vergeudet wird, dass gut ausgebildete Personen in Berufen arbeiten müssen, für die sie überqualifiziert sind, und dass entscheidende Positionen von Leuten bekleidet werden, die dafür nicht geeignet sind. Viele säkular eingestellte Menschen müssen somit für ihren Arbeitsplatz ein Doppelleben führen. Diese Umstände tragen maßgeblich zum Braindrain qualifizierter Personen aus dem Iran bei.</p> <p>Neben der hohen Arbeitslosigkeit ist Kinderarbeit und die Beschäftigung von Billiglohnarbeitern vor allem aus Afghanistan verbreitet. Für die Beschäftigten gibt es keine gewerkschaftliche Vertretung. Besonders Billiglohnarbeiter sind starken Repressionen ausgesetzt</p>
Wirtschaftliche Beziehung zu Deutschland	<p>Die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen sind traditionell eng. Ca. 30 Prozent der industriellen Infrastruktur in Iran stammt aus deutscher Produktion. Infolge der internationalen Sanktionen wegen des iranischen Nuklearprogramms sind die Handelsbeziehungen seit 2007 rückläufig und haben sich 2014 erstmals wieder positiv entwickelt. Das bilaterale Handelsvolumen betrug im Jahr 2015 2,4 Mrd. Euro. Der starke Anstieg der deutschen Exporte begründet sich vorrangig durch den gestiegenen Export von Maschinen, mechanischen Geräten und Kraftfahrzeugen. Im Jahr 2016 stieg der bilaterale Handel gegenüber dem Vorjahr um 22% und lag bei 2,9 Mrd. Euro. Für deutsche Unternehmen sind Exportkreditgarantien von Hermes seit Juni 2016 wieder verfügbar. Nach der Aufhebung der EU Wirtschafts- und Finanzsanktionen am 16. Januar 2016 sind die deutschen Wirtschaftsverbände optimistisch, dass der bilaterale Handel bald wieder an Fahrt gewinnt.</p> <p>Im Jahr 2016 stieg der deutsch-iranische Außenhandel gegenüber dem Vorjahr um 22% und erreichte einen Wert von ca. 2,9 Mrd. Euro. Deutschland lieferte Waren im Wert von 2,6 Mrd. Euro (+26%, Rang 50 der Exportländer); die iranischen Lieferungen lagen bei 314 Mio. Euro (-6%; Rang 84 der Importländer).</p>

BIP	412,3 Mrd. US\$ (2016)	Vgl. Deutschland	3.495 Mrd. US\$ (2016)
BIP-Entstehung (%)	2014: Bergbau/Industrie 32,9; Handel/Gaststätten/Hotels 14,2; Bau 8,7; Transport/Logistik/ Kommunikation 8,3; Land- Forst/Fischwirtschaft 7,4; Sonstige 28,5		
BIP pro Kopf	5.124 US\$ (2016)	Vgl. Deutschland	42.326 US\$ (2016)
Wirtschaftswachstum	2015: 0,4 % 2016: 4,5 % 2017: 4,1 % Prognose	Vgl. Deutschland	2015: 1,6 % 2016: 1,8 % 2017: 1,7 % Prognose
Inflationsrate	2015: 11,9 % 2016: 7,4 %	Vgl. Deutschland	2015: 0,3 % 2016: 0,3 %
Arbeitslosigkeit	2014: 11,2 % 2015: 12,3 %	Vgl. Deutschland	2014: 5,0 % 2015: 4,9 %
Rohstoffe	<ul style="list-style-type: none"> - agrarisch: Weizen, Reis, Körner, Zuckerrüben, Zuckerrohr, Früchte, Nüsse, Baumwolle, Milchprodukte, Wolle, Kaviar - mineralisch: Erdöl, Erdgas, Kohle, Chrom, Kupfer, Eisenerz, Blei, Mangan, Zink, Schwefel 		
wichtigste Handelspartner	Lieferländer: 1. China 2. Vereinigte Arabische Emirate 3. Korea 4. Indien	Abnehmerländer: 1. China 2. Indien 3. Türkei 4. Japan	

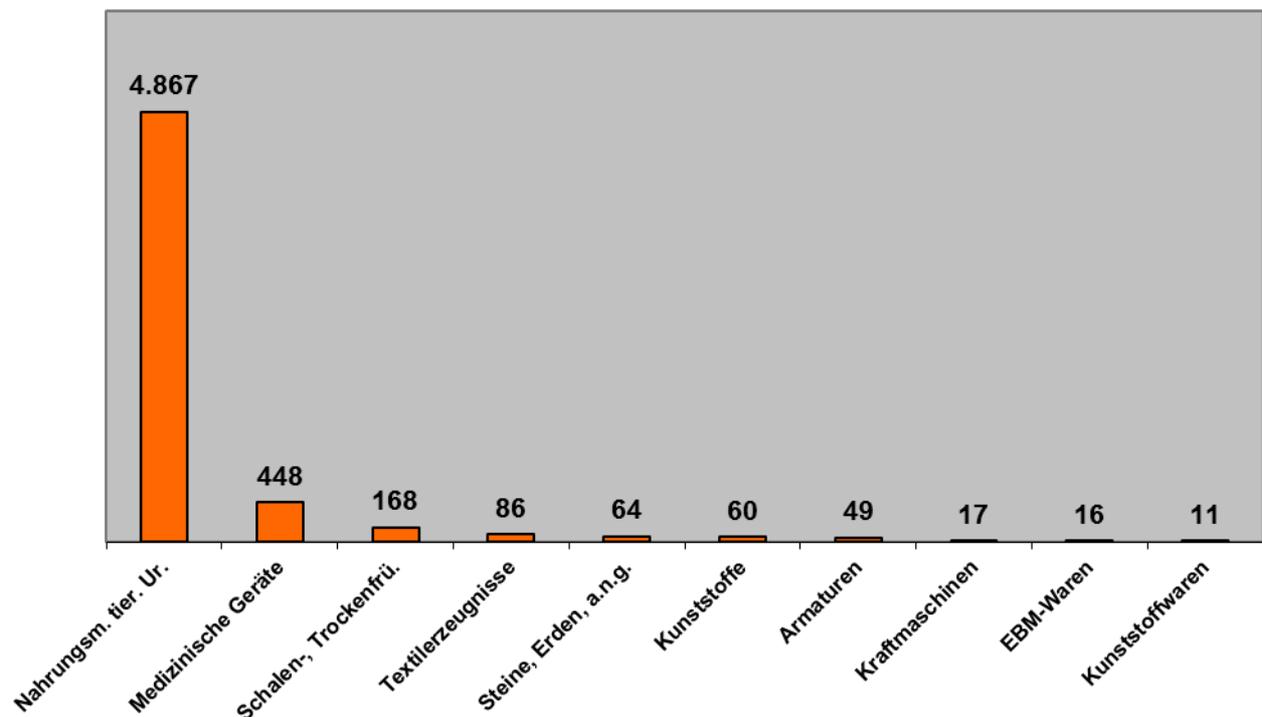
Außenhandel zwischen Rheinland-Pfalz und dem Iran in Mio. €



10 wichtigste Exportgüter aus RLP in den Iran in Tsd. Euro (Jan - Aug 2017)



10 wichtigste Importgüter aus dem Iran nach RLP in Tsd. Euro (Jan - Aug 2017)



<p>Außenwirtschaftsmaßnahmen des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (MWVLW)</p>	<p>Um die Jahrtausendwende hatte das Wirtschaftsministerium eine Wirtschaftsreise für Unternehmen nach Iran organisiert. Aufgrund der schwierigen außenpolitischen Lage Irans mit dem Westen und den die wirtschaftsbehindernden Sanktionen wurden in der Vergangenheit keine Außenwirtschaftsmaßnahmen durchgeführt. Aufgrund der positiv verlaufenden Nuklearverhandlungen mit dem Iran hatte das Wirtschaftsministerium vom 20. – 23.07.2015 eine erste Markterkundungsreise mit zwei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz durchgeführt. Rheinland-Pfalz war die erste Landesdelegation nach dem Besuch von BM Gabriel im Iran. Das ist auf iranischer Seite positiv wahrgenommen worden. Im Februar 2017 reiste unter der Leitung des MWVLW eine Unternehmerdelegation nach Teheran und Täbris. An dieser Unternehmerrreise nahmen insgesamt 13 Unternehmen teil. Der Gouverneur der Region Alborz, Herrn Seyed Hamid Tahaei und weitere 25 Personen aus Politik und Wirtschaft besuchten auf einer Europareise im Juni 2017 auch das Bundesland Rheinland-Pfalz.</p>
<p>Chancen und Perspektiven für die wirtschaftliche Zusammenarbeit</p>	<p>Iran kann sich zu einem Wachstums- und Exportmarkt für die deutsche Industrie, und somit auch für Rheinland-Pfalz entwickeln. Die bislang erkennbaren Strukturen sind jedoch noch sehr auf Großunternehmen und deren mögliche Investments ausgerichtet. Zur Etablierung von mittelständischen Unternehmen, auch aus R-P, im Irangeschäft müssen noch viele Fragen im Hinblick auf rechtliche Rahmenbedingungen (Handelsgesetze, Beteiligungen) wirtschaftspolitische (Eigentumsrecht, Privatisierungen) und finanztechnische Rahmenbedingungen (Kapitaltransfer) beantwortet werden. Ausschlaggebend für die zukünftige Zusammenarbeit waren die Rücknahmen der Sanktionen. Hier sind zwei Schritte erfolgt: Im Oktober 2015 der „Adoption Day“, zu dem EU und USA ihre Rechtsakte zur Umsetzung der Sanktionslockerungen vorlegten, die dann im I. Quartal 2016 am „Implementation Day“ in Kraft traten. Erst zu diesem Zeitpunkt ändert sich die Rechtslage für die Unternehmen. Das Wirtschaftsministerium wird daher zukünftig die rheinland-pfälzischen KMU Betriebe durch Messebeteiligungen und organisierte Wirtschaftsreisen in den Iran unterstützen.</p>

SONSTIGES

Schwerpunkt-
institutionen

Partner für Ihr Iran-Geschäft

- Deutsche Botschaft Teheran
- Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer

gez. Seiß/Klein